

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.09.2020**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 18:05 Uhr**  
**Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau**

**Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste**

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Puttkammer** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung, sowie die Beschlussfähigkeit durch **8** anwesende und stimmberechtigte Stadträte fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Krause** beantragt die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes 5.2 zur Beschlussvorlage BV/294/2020/V – Bestellung des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau gemäß Satzung zur Rechtsstellung der/des Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau in der Fassung vom 20.09.2015, welche den Ausschussmitgliedern ausgereicht wurde.

**Herr Puttkammer** stellt die Tagesordnung unter Berücksichtigung des Antrages zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0**

**3 Genehmigung der Niederschriften vom 03.03.2020, 23.06.2020 und 30.06.2020**

Niederschrift vom 03.03.2020

**Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0**

Niederschrift vom 23.06.2020

**Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0**

---

Niederschrift vom 30.06.2020

**Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0**

## **4 Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **4.1 Bericht zum Förderprogramm der Partnerschaft für Demokratie Dessau-Roßlau**

**Herr Andersch** berichtet anhand einer Präsentation zum Förderprogramm der Partnerschaft für Demokratie Dessau-Roßlau. Die Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

### **4.2 Vorstellung von Vereinen und Trägern - Vorstellung des Mieterbundes Dessau und Umgebung e.V.**

**Herr Richter** (Mieterbund) stellt den Verein Mieterbund Dessau und Umgebung e.V. vor.

### **4.3 Informationen des Dezernates V und der Verwaltung**

**Herr Lange** berichtet über aktuellen Stand zur Corona-Pandemie und zwei weiteren Infektionen. Somit liegt die aktuelle Statistik bei 101 positiv getesteten Corona-Infektionen, wovon 83 genesen und 3 verstorben sind.

Zum Thema Kinderärzte, welches er aus der heutigen Zeitung entnommen hat, hat er sich telefonisch an die Kassenärztliche Vereinigung gewandt, die ihn auf deren Homepage verwiesen hat. Dort ist ein Bericht hinterlegt, aus dem er kurz zitieren möchte:

„Der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen hat am 15.09.2020 folgende Beschlüsse gefasst...

...Punkt 6 – Kinder- und Jugendärzte - mit Ärzten und Arztgruppen der Kinder- und Jugendärzte besteht in den Planungsbereichen Landkreis bzw. Kreisfreie Stadt - Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Dessau-Roßlau, Halle/Saale, Harz, Magdeburg, Salzlandkreis und Wittenberg, Überversorgung. Für diese Planungsbereiche werden für die Arztgruppen der Kinder- und Jugendärzte, Zulassungsbeschränkungen angeordnet.“

Das heißt, dass der derzeitige Stand auf keinen Fall erweitert wird. Somit müssen die Stellen, die da sind, besetzt werden. Weitere Stellen wird es nicht geben.

## 4.3.1 Informationen zum Fachkräftesicherungsgesetz

**Frau Krings** (Amt für Öffentliche Sicherheit und Ordnung) berichtet zum Fachkräftesicherungsgesetz. Die Unterlagen werden der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

### **Herr Egelkraut**

Sie haben ausgeführt, dass die Straffreiheit die wichtigste Säule ist und ich meine nicht die, die eine Duldung oder ein Bleiberecht haben, sondern von denen, die einen abgelehnten Asylbescheid haben, hier eine Familie gegründet haben und hier sind und arbeiten wollen. Ist das dann ein illegaler Aufenthalt, das heißt sie begehen per se eine Straftat und dies widerspricht ja diesen ganzen Aussagen. Die können ja gar nicht arbeiten, selbst wenn die Möglichkeit in allen Punkten bestünde.

### **Frau Krings**

Von der Gesetzessystematik ist es so, dass wer in die Bundesrepublik Deutschland einreist, der bedarf immer eines Visums. Außer EU-Bürger, Schweizer Staatsangehörige oder einigen wirtschaftsstarken Ländern, die explizit gelistet sind (z.B. USA, Brasilien), welche ohne Visum einreisen können. Alle anderen müssen immer ein Visum haben. Wer ohne Visum einreist, macht sich eigentlich strafbar, aber wenn er rechtzeitig einen Asylantrag stellt ist im Rahmen der Asylantragstellung und der Führung des Asylverfahrens dieser Straftatbestand nicht gegeben. Die Gesetzessystematik besagt aber, wer als Ausländer das asylrechtliche Verfahren ergebnislos durchlaufen hat, der wird vollziehbar ausreisepflichtig und dann ist von ihm zu verlangen, dass er innerhalb einer Frist von einer Woche bis x-Monaten auszureisen hat. Kommt er dem nicht nach wird ihm die Abschiebung angedroht, bei sog. Dublin-Überstellung wird die Abschiebung bereits angeordnet. Viele reisen ja dann doch nicht aus, weil sie einen bestimmten Grund haben, dass sie hier sind und gründen eine Familie. Jeder Ausländer der nicht ausreist, bedarf Dokumente. Er bekommt dann eine Duldung und dies bedeutet er ist vollziehbar ausreisepflichtig, aber kann nicht ausreisen oder abgeschoben werden, aus bestimmten Gründen, weil kein Flug geht oder aufgrund der aktuellen Corona- Situation die Grenzen dicht sind oder keine Dokumente vorhanden sind. Diese Straffreiheit meine ich damit nicht, ich meine ganz konkret die Begehung von Straftaten, hier in der Bundesrepublik Deutschland gegen das körperliche Wohl oder gravierende Verstöße gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Wer als Ausländer im qualifizierten beschleunigten Fachkräfteverfahren einreist, der darf nicht in den Fahndungssystemen der EU ausgeschrieben sein.

### **Frau Perl**

Vielen Dank, dass Sie heute hier sind.

Waren Sie schon im Wirtschaftsausschuss? Das Thema sollte an die Unternehmen herangetragen werden, z.B. für Unternehmen im Bereich der Pflege. Meine Anregung wäre damit auch in den Wirtschaftsausschuss zu gehen. Dieses Gesetz ist ja auch Bestandteil des Migrationspaketes, vielleicht könnte man auch die anderen Gesetze hier vorstellen.

## **Frau Krings**

Das Fachkräftesicherungsgesetz ist eine Ergänzung des Aufnahmegesetzes. Die Aufenthaltsverordnung wurde geändert. Visumsverfahren laufen verändert ab. Ich bin gern bereit kurze Ausführungen zu den tangierenden Gesetzen zu machen. Es gibt ein gutes Netzwerk für Arbeitsmarktmigration und auch in Einzelfällen beraten können.

## **Frau Grabner**

Gibt es schon Erfolge vermittelten Fachkräften zu vermehren?

## **Frau Krings**

Ich sagte, dass wir einen Unternehmer hatten, der den konkreten Wunsch hatte bis zu 250 Fachkräfte herzuholen. Wenn es ein konkretes Angebot gibt, erfolgt eine Einzelberatung. Fachkräfteeinwanderung findet zu jeder Zeit statt. Wir haben zukünftige Fachkräfte hier an der Hochschule. Da sind wir dran, dass wir diese hier in der Region halten. Es gibt Erfolge, aber ich kann diese nicht alle benennen. Ich werbe dafür, die Beratungen in der Ausländerbehörde dazu in Anspruch zu nehmen.

## **Herr Krause**

Magdeburg und Halle haben Personal eingestellt, um das Thema Fachkräfteeinwanderung offensiver anzugehen. Haben wir Kontakt zu den Verwaltungen?

## **Frau Krings**

Wir haben Kontakt zu den Verwaltungen. Ich könnte auch nachfragen, wie viele Erfolge es gab bzw. wie viele Fachkräfte dort eingereist sind. Das Aufenthaltsgesetz bzw. die Ausländerbehörde ist zuständig, wo der Ausländer seinen Hauptwohnsitz nimmt. Der Gesetzgeber hat mit dem beschleunigten Fachkräfteverfahren eine Abkehr davon genommen und geregelt da wo das Unternehmen seinen Sitz hat die Zuständigkeit der Ausländerbehörde liegt. Magdeburg und Halle haben sicher eine größere Unternehmenskultur. Ich frage nach und gebe Ihnen dazu weitere Auskünfte.

## **Herr Puttkammer**

Wir werden im nächsten Ausschuss das Thema noch von einer anderen Seite betrachten und kommen am 3.11.20 darauf zurück.

## **4.4 Informationen der kommunalen Behindertenbeauftragten**

### **Frau Kaluza**

Diesmal habe ich aus meiner Arbeit und der Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderung ein bisschen mehr zu berichten, da wir uns jetzt doch schon einige Male getroffen haben. In der letzten Sitzung am 3.09.2020 hat der Beirat mich zur Vorsitzenden gewählt, sodass ich in dieser Funktion meine Arbeit auch noch etwas intensivieren werde.

Wir haben uns in der gleichen Sitzung auch ein Stück weit Arbeitsschritte für die nächsten Sitzungen und Termine überlegt. Das wird zum einen am 3.12.2020 der 'Tag der Menschen mit Behinderungen' sein, wo natürlich auch der Beirat hier in Dessau etwas vorbereiten und planen möchte. Zum anderen soll die Umsetzung der Wiederaufnahme des generationenübergreifenden Zertifikates gemeinsam mit dem Beirat für Senioren vorangetrieben werden. Vielleicht ganz kurz als Ausführung: Es gab in Dessau die Überlegungen, weil es dies auch in anderen Städten gibt, dass ein Seniorenzertifikat verliehen wird, an Einrichtungen oder gastronomische Einrichtungen. Wir haben in Dessau aber auch gedacht, man kann das noch ausweiten, die Barrierefreiheit, oder der ebenerdige Zugang ist eben nicht nur für den Senior wichtig, mit einem Rollator oder einer Gehhilfe, sondern auch für Menschen mit Behinderungen aber auch für Familien mit Kinderwagen. Deswegen haben wir gesagt, es soll ein generationenübergreifendes Zertifikat sein. Wir wollen gemeinsam mit dem Seniorenbeirat daran arbeiten, wieder die Kriterien noch ein bisschen festzuziehen. Eine Zeit lang wurde daran schon gearbeitet und dann ist es ein bisschen brach gefallen und wir haben jetzt entschieden, dass wir es wieder aufnehmen und vorantreiben, weil wir denken, dass es auch für unsere Stadt eine gute Sache ist.

Zum anderen hat der Beirat für Menschen mit Behinderungen in der letzten Woche einen kleinen Rundgang durchgeführt. Es gab ja schon mehrere dieser Rundgänge, wo eben im Stadtgebiet geguckt wurde, wo gerade baulich für Menschen mit Behinderung, mit Rollstuhl oder Sehbeeinträchtigung etwas getan werden soll, wo Missstände sind. Aufgrund der Pandemie haben wir es diesmal nicht als öffentliche Veranstaltung gemacht, sondern nur in kleiner Form mit den beiden Beiräten. Wir haben uns noch einmal eine Strecke im Leipziger Tor vorgenommen, wo wir jetzt die Mängel aufnehmen und in den beiden Beiräten mal besprechen und dann an die entsprechenden Fachämter weiterleiten. Ich kann dazu noch so viel sagen, dass aus den letzten Rundgängen einige Sachen auch schon umgesetzt wurden, wo Bordsteine abgesenkt wurden oder Zugänge barrierefreier gestaltet wurden. Dies wollen wir weiterhin im Blick haben, damit es zum Erfolg geführt werden kann und Fortschritte kontrolliert werden. Manche Sachen gehen etwas schneller und andere Sachen dauern länger, dies ist sicherlich auch bei Bausachen so.

#### **4.5 Informationen des kommunalen Seniorenbeauftragten**

##### **Herr Wolfram**

Der Seniorenbeirat hat nach der konstituierenden Sitzung Anfang des Jahres und nach dieser Zwangspause seine Arbeit wieder aufgenommen. Im Seniorenbeirat wurde in den letzten drei Wochen ein ordnungsgemäßer Arbeitsplan bis zum Ende des Jahres erstellt. Frau Deutrich, als Vorsitzende unseres Beirates ist sehr engagiert und stimmt dies intern mit dem Sozialamt und mir als Beauftragten ab. In diesem Zusammenhang wird es mehrere thematische Veranstaltungen geben, die natürlich aufgrund der jetzt geltenden Pandemie geplant werden müssen. Wir haben Veranstaltungen im Ratssaal vorgesehen, die informieren sollen über Mieterrechte und zwei weiteren Aufgabenstellungen.

---

Wir haben gute Erfahrungen in der gemeinschaftlichen Arbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Wir haben jetzt begonnen an der Volkshochschule wieder den Seniorencampus aufzunehmen, eine sehr interessante und von Senioren gewollte Veranstaltungsreihe mit zehn Veranstaltungen, wovon zwei schon stattgefunden haben. Die Volkshochschule gestaltet dies mit vielen Partnern extern aus und dies findet sehr viel Zuspruch. Wir stehen im ständigen Kontakt mit der Landesseniorenvertretung, es gibt aber noch keine Sitzungen wieder.

Herr Wolfram führte zu drei Einzelfragen aus, was Senioren beschäftigt. Die älteren Menschen achten sehr stark darauf, wie sie in die entsprechende Filiale, in die Apotheke gehen oder in den Bus oder Bahn steigen. In Einzelgesprächen mit Herrn Wolfram haben die Senioren berichtet, dass es immer wieder Personen im Rathauscenter gibt, die ohne einen solchen Mundschutz das Center betreten und der Service des Rathauscenter da nicht eingreift. Es erfolgte von Herrn Wolfram bereits eine Kontaktaufnahme. Jemand der gegen die Verordnung verstößt, dürfte einfach nicht bedient werden. Dies beschäftigt ältere Menschen sehr.

Zweites Thema ist die Osteinfahrt, wo der Ikarus, das Junkersymbol steht. Die Senioren äußerten in Gesprächen ihr Bedauern, dass das Denkmal so verloren dasteht und nur von einer Stoppelwiese umgeben ist. Der Vorschlag ist eine kleine Bepflanzung, kleine Hecke oder mit einem Zaun einzufassen. Herr Wolfram setzt sich dazu mit dem Dezernat für Stadtentwicklung in Verbindung.

Ein Bürger, welcher bereits bei der Bundesnetzagentur und dem Innenministerium zu einem Kommunikationsproblem vorstellig war, hat sich nun an Herrn Wolfram gewandt. Bisher wurde er nur weitergeleitet und nunmehr soll ihm Unterstützung angeboten werden.

**Herr Krause** ergänzte zu dem Sachverhalt Rathauscenter, dass dieses Thema bereits oft im Pandemiestab besprochen wurde und ein regelmäßiger Kontakt zum Leiter des Rathauscenters besteht. Auch das Ordnungsamt bestreift das Center. Es gibt auch immer wieder Ausnahmen, wie z.B. Allergiker und Lungenkranke, die keine Masken tragen müssen. Herr Krause nimmt diese Thematik zur Beratung in den Pandemiestab mit und es wird noch einmal Hinweise geben.

Auch **Herr Büttner** hat den beschriebenen Sachverhalt im Rathauscenter festgestellt und es hatte sogar die Security die Maske nicht auf. Auch letzten Freitag am Fleischstand war die Maske unten, obwohl alles eingelagert wurde und so kann es nicht funktionieren.

## 4.6 Informationen des Integrationskoordinators

**Herr Puttkammer** führt aus, dass er nach Beginn der Sitzung erfahren hat, dass Herr Altmann heute nicht da sein kann, somit entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

## 4.7 Anfragen und Informationen der Mitglieder des Ausschusses

**Herr Dreibrodt** informiert zu einem Bericht der MZ vom 04.09.2020 – ‘Die Stadt hat das Gesundheitsbad, Askanische Straße zum Verkauf angeboten’. Viele Bürger hat das beunruhigt und sie waren echauffiert. Nur einige Meinungen möchte er mitteilen:

“Stadt will sich aus Verantwortung ziehen“;

“Für 10 Millionen saniert und jetzt für einen Apfel und ein Ei verkaufen“; “Gesundheitsqualität wird abnehmen“;

“Preise werden steigen“;

“Die Selbstkostenanteile werden sich erhöhen“;

“Die Vereinsbeiträge werden steigen, sodass nur die finanziell bevorzugte Bevölkerung sich Gesundheit leisten kann.“

Er fragt an, wann diese Thematik auf die Tagesordnung des GSA kommt und wie der aktuelle Stand der Dinge ist.

**Herr Krause** führt aus, dass dieses Thema nicht in der Zuständigkeit seines Dezernates liegt und die Anfrage gerne zur Beantwortung im nächsten Ausschuss, an das zuständige Dezernat weitergereicht werden kann.

**Herr Dreibrodt** begrüßt dies, da der Ausschuss schließlich ‘Ausschuss für Gesundheit und Soziales’ heißt und es deshalb wichtig und zielführend ist, über eine solche Problematik zu diskutieren. Des Weiteren fragt er an, warum diese Fragestellung nicht vor dem Angebot zum Verkauf durch die Ausschüsse gegangen ist, ob die Stadtverwaltung selbstständig entscheiden kann, die Ausschüsse gar nicht zu befragen oder wie da die rechtliche Situation ist.

**Herr Puttkammer** kann dazu nur eine Vermutung äußern.

Im Normalfall muss es einen Einreicher geben. Zumindest wird es im Haupt- und Personalausschuss angesprochen worden sein oder dem Fachausschuss. Das ist in diesem Fall nicht der Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

**Herr Focke** richtet eine Frage an Frau Paesold, die dazu auch schon einen Kenntnisstand hat, bezüglich Richtung Mosigkau, dem Problem am “Schluckspecht“, dem örtlichen Getränkemarkt. Dort gibt es schon mehrere Jahre das Problem, dass sich dort ein Personenkreis entwickelt hat, der sich dort täglich trifft, auch gerne von sehr früh bis spät abends und dort einkauft und vor Ort genießt. Das Problem besteht an dieser Stelle, dass die Herren auch mal auf Toilette müssen und es dort natürlich

keine Möglichkeit gibt, weil es keine Kneipe, sondern nur ein Getränkemarkt ist und dann die gegenüberliegenden Grünstreifen, Parkplätze und Bäume nutzen, die ja der Kulturstiftung angehören, wo die Busse parken für die Besucher des Schlosses Mosigkau und dass natürlich keine schöne Werbung ist, wenn dort angetrunkene Personen stehen und ihr Geschäft verrichten. Dies wurde auch schon beim Ordnungsamt angesprochen. Frau Scharge hat dies auch schon bestreifen lassen, was aber immer nur Momentaufnahmen sind. Deshalb ist der Ortsbürgermeister, Herr Weber an Frau Paesold herangetreten, hat die Problematik geschildert, weil sich dies als kleiner sozialer Brennpunkt entwickelt. Er fragt den aktuellen Kenntnisstand ab.

### **Frau Paesold**

Zunächst ist es erstmal richtig, dass dies nicht nur ein Thema für das Sozialamt ist. Mit Herrn Weber wurde dies so besprochen, weil die Anschrift der Pension „Hinter dem Rößling“ benannt wurde und wir in der Vergangenheit dort auch ehemalige Bewohner der Obdachloseneinrichtung hatten, die Mietverhältnisse begründet haben bzw. die Frage stand: Kann man an Leistungsberechtigte nach dem SGB XII herantreten und vielleicht entsprechende Gespräche führen? Dies wurde eingeleitet und Personen die dem Stadtteil zuzuordnen sind und Leistungsberechtigte sind im Rahmen der Hilfeplanung eingeladen. Mich hat es etwas verwundert, was die Anschrift „Hinter dem Rößling“ anbetrifft, dort war ich selber vor Ort und hatte dort vorgefunden, dass die Personen den Kiosk auf dem Gelände war nehmen. Dass jetzt eine Einstreuung in den Ortsteil erfolgt, war mir bis zu dem Telefonat mit Herrn Weber nicht bekannt. Im Einzelfall werden Hilfen angeboten und im Rahmen der Planung schauen wir, welches Angebot vor Ort aufgebaut werden kann. Die ist ein Thema von sozialarbeiterischer Arbeit und die Annahme von Hilfen. Ich kann dazu weiter am 3.11.2020 berichten.

**Herr Krause** wird das Thema mit in den Pandemiestab nehmen und das Gesundheitsamt soll sich einen Eindruck von der Lage verschaffen.

Unter dem Eindruck des Zuganges zur Sitzung des Ausschusses am 22.09.2020 forderte der Stadtrat **Herr Puttkammer** die Verwaltung auf, umgehend andere Regelungen zum Einlass der Bürger und Bürgerinnen in das Rathaus zu treffen. Bereits in der vorletzten Stadtratssitzung wurde diese Forderung an die Verwaltung von ihm aufgemacht, aber es haben sich bisher keine Änderungen eingestellt. Es muss sichergestellt sein, dass die Bürger\*innen sich in einem warmen und vor Nässe geschützten Wartebereich aufhalten können. Es geht nicht um hochwissenschaftliche Lösungen oder Einsatz von hochtechnischen Lösungen, vielmehr sind die bereits vorhandenen Ideen dazu so schnell wie möglich umzusetzen. Er bat **Herrn Krause** dieses Anliegen zur weiteren Klärung weiterzutragen, was von Herrn Krause zugesagt wurde. Auf Nachfrage von **Herrn Puttkammer** an die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wurde der Forderung zur schnellstmöglichen Änderung des Einlasses der Bürger in das Rathaus einstimmig zugestimmt.

## 5 Beschlussfassungen

### 5.1 Etablierung von zwei sozialräumlich organisierten Angebotstreffs Vorlage: BV/306/2020/V-50

#### Herr Krause

Seit Ende letzten Jahres begleitet das Thema Franztreff bzw. Ersatz der Suppenküche die Tagesordnung des Ausschusses und es freut mich Ihnen eine Lösung zu präsentieren.

Wir haben in dieser Beschlussvorlage gleich zwei Interventionsgebiete behandelt und zwar den Stadtteil Mitte und den Stadtteil Roßlau.

Mit dem Ortschaftsrat Roßlau wurde dies bereits besprochen und wir werden hier im I. Quartal 2021 auch ein Angebot schaffen. Wir werden für den Stadtteil Mitte mit dem Franztreff planmäßig im November 2020 beginnen. Wir wollten eigentlich am 1.10.2020 anfangen, mit einem verringerten Angebot der Essenausgabe im Außenbereich. Die DWG führt aber noch Baumaßnahmen durch, welche Ausschreibungen und die Vergabe von Aufträgen erfordern und einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Wir werden den Oktober laut DWG noch für die Umbaumaßnahmen und Zulassungsmaßnahmen der dort zu nutzenden Räume benötigen und gehen davon aus, dass wir im November im Haus diese Leistungen darstellen werden. Ab 1.10.2020 wird mit Unterstützung der LIGA bereits zweimal in der Woche ein warmes Essen ausgereicht. Für den Rossel-Treff gibt es bereits Verhandlungen zu einem Gebäude, dies betrifft das ehemalige Jugendclubgebäude, welches im Eigentum der AWO Wittenberg steht. Dieses werden wir auch herrichten lassen, aber betreiben wird es ebenfalls dann die LIGA.

#### Frau Grabner

Wo soll der Franztreff sein?

#### Frau Paesold

Der Franztreff soll im Objekt Franzstraße 147 etabliert werden und dies ist das Punkthaus an der Ecke Gliwicer Straße / Heidestraße.

#### Herr Geiger

Als Information: In Roßlau wird berichtet, dass dieser Treff von der AWO betrieben wird. Meine Frage: Ist es angedacht mittelfristig oder langfristig, die Essenversorgung in diesen Treffs täglich vorzunehmen?

#### Herr Krause

Die tägliche Essenversorgung haben wir bislang nicht in den Blick genommen. Wir werden auf alle Fälle eine mehr als zweimal in der Woche gehende Lösung anstreben. Dies muss mit den Spendern des Essens besprochen werden. Zum Rosseltreff sind wir in Verhandlung mit den Mitgliedern der LIGA in Dessau-Roßlau, denkbar ist die AWO Dessau bzw. AWO SPI einer Tochter der AWO Dessau. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

## **Frau Perl**

Ich habe eine Verständnisfrage.

Bei der Einführung wurden die beiden Stadtteile angeführt. Bekommt jetzt perspektivisch jedes Interventionsgebiet einen Nachbarschaftsreff?

## **Herr Krause**

Nach der Sozialplanung sind die Stadtteile Mitte-Süd und der Stadtteil Roßlau Interventionsgebiete, welche wir definiert haben. Beide Gebiete erhalten einen sozialen Angebotstreff, wo andere Angebote eine Rolle spielen. Es ist kein Nachbarschaftsreff, auch kein reiner Seniorentreff, sondern ein auf großer Breite von Nutzern angelegter Treff. Man kann nach unseren Vorstellungen auch Schuldner- oder Suchtberatung oder andere Beratungsangebote integrieren.

## **Frau Perl**

Meine Frage ging in die Richtung, vielleicht am Zoberberg einen ähnlichen Nachbarschaftsreff zu installieren, weil es ja auch ein Interventionsgebiet ist.

## **Herr Krause**

Es ist jetzt das Ziel in diesen beiden Interventionsgebieten die Treffs zu etablieren. Die Treffs sind auch kostenintensiv und es entstehen neue Kosten, welche nicht vergleichbar mit den 6000 Euro für die Suppenküche sind. Ich bin schon stolz darauf, dass wir dies in den jetzigen Haushaltsdiskussionen darstellen können.

**Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0**

- 5.2 Bestellung des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau gemäß der Satzung zur Rechtsstellung der/ des Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau in der Fassung vom 20.09.2015  
Vorlage: BV/294/2020/V**

**Abstimmungsergebnis: 8 / 0 / 0**

## **Nichtöffentliche Tagesordnungspunkte**

### **6 Nichtöffentliche Anfragen und Informationen**

Keine.

---

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**7            Schließung der Sitzung**

**Herr Puttkammer** schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Dessau-Roßlau, 25.11.20

---

Michael Puttkammer  
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer